

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, DH, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell & Co., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 48

Inseratspreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertarabühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver
Samstag, den 25. Februar

mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Pofschekkonto: Dortmund 2041.

1933

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der bisherige Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Dr. Krohn ist zum Staatssekretär des Ministeriums ernannt worden.

* Australiens Vertreter in London wird Montag dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Namensschild des Kreuzers "Enden" überreichen.

* Die außerordentliche Völkerbundversammlung hat durch Annahme des Berichtes des Neunzehnerausschusses über den Mandchureistreit Japan feierlich verurteilt.

Nöte und Sorgen.

Befriedigung des Durstes - Hilfe für den Mittelstand. Der Wahltag.

Eigentlich ist es doch recht schade, daß in unserer von wachsenden Sorgen erfüllten, von steigenden Nöten geistiger und materieller Art geängstigten und darum so humorlos gewordenen Welt eine der letzten Quellen für diesen Humor versiegen muß! Doch kann man in diesem Falle von "Versiegen" nicht so recht sprechen, denn die zunächst vom sterbenden Amerikanischen Kongreß mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Aufhebung der "Prohibition", also des Alkoholverbotes, soll ja an die Stelle des bisher verbotenen Trinkens das erlaubte setzen und damit auch die Befriedigung des Durstes nach irgendwelcher alkoholischer Flüssigkeit weniger kostspielig, aber desto reichlicher machen. Auch Hoover, der als "trockener" Präsident einst gegen den "nassen" Kandidaten Smith gewählt worden war, könnte gegen diesen Beschluß nichts mehr machen, der das Ende dieser "Prohibition" herbeiführen wird, - und welche Quelle unzähliger Witze versiegt damit für die Amerikaner selbst und für die ganze Welt, die lachend davon hörte, mit welchen Nüssen dem Geseß ein Schnippchen geschlagen wurde! Weit aber wie die Niagarafälle war auch der Strom der Korruption, der sich aus der Durchführung und Durchhaltung dieses Gesetzes ergoß, und breit war auch der Blutstrom, der die Erzwingung seiner Vorschriften zur Folge hatte. In der Welt ist das amerikanische "Girl" ebenso bekannt geworden wie der "Gangster" und der "Bootlegger", die Alkoholschmuggler zu Wasser und zu Lande, in den Höhen und Tiefen der amerikanischen Welt, die man dort mit ziemlicher Frivolität oder überheblicher Überzeugtheit als - "Gottesland" bezeichnet! Mit der Flugpost ist der Beschluß des Kongresses an die einzelnen Bundesstaaten gegangen, weil erst mindestens 36 von den 49 ihre Zustimmung dazu geben müssen, daß alkoholische Getränke ohne jegliche Begrenzung des Alkoholgehalts hergestellt und ausgetrunken werden dürfen. Das wird noch einige Zeit dauern. Inzwischen wegt, tränenden Auges auf sein Haushaltsdefizit von einer Milliarde Dollar blickend, der Staatssekretär der Finanzen das große Steuermesser, um sich von dem "Schinken", der dem amerikanischen Volke durch Aufhebung des Alkoholverbotes beschert werden wird, ein ganz gehöriges Stück abzuschneiden. Und ebenso selbstverständlich hallt durch Amerika der Ruf "Kauft nur amerikanisches Bier!", weil ja auch mit dieser Flüssigkeit der Motor der amerikanischen Wirtschaft in besserer Gang gebracht werden soll. Dem Ausland beginnen die anfangs gehegten Hoffnungen auf "Anzapfung" der Amerikaner auch schon langsam einzutrocknen.

Man will "drüben" also mit dem Alkohol die eingefrorenen Kredite auftauen helfen, - vom Standpunkt des Alkoholgegners aus ein nicht gerade sehr "moralischer" Vorschlag! Aber in dem entscheidenden Kampf ums nackte Dasein wird nachgerade jedes Mittel für recht befunden, wenn es nur irgendwie Erfolge verspricht. Not kennt eben kein Gebot, sondern nur - diesen Erfolge. Verhältnismäßig ist in Amerika, dem Lande des typischen "selfmade man", die Arbeitslosigkeit noch größer als bei uns, trotzdem man seit genau einem Jahre nicht weniger als vier Milliarden Dollar - fast 17 Milliarden Mark! - neuer Kredite in die Wirtschaft hineinpumpt. Demgegenüber bedeuten die entsprechenden Anstrengungen, die Deutschland macht, fast ein Nichts! Und doch können wir sie nur noch mit äußerster, letzter Kraft leisten. Jetzt sind dem Mittelstand kaufmännischer und gewerblicher Art 30 Millionen Mark neuer Mittel für seine Kreditinstitute bewilligt worden. Vielleicht vermag der neue Staatssekretär, der - eine schon lange aufgestellte Forderung, die aber nur einmal und dann nur für sehr kurze Zeit erfüllt wurde - die Interessen des Mittelstandes im Reichswirtschaftsministerium besonders zu vertreten hat, später noch mehr an Krediten herauszuholen, wenn erst - der politische Sturm nicht mehr so eifrig über die Gefilde der deutschen Wirtschaft fährt und dabei so manchen Ast immer noch herunterreißt, der sich biegen, aber nicht brechen würde, falls ihn eben der Lebenssaft fremden Kredits und eigener Zuerkunft noch oder von neuem durchströmen würde. Bedeuten doch gerade diese mittelmäßigen Kreditinstitute sozusagen die letzten und feinsten Verästelungen der Geldwirtschaft, und wenn erst an ihnen die Blätter werden sprießen können, wird der Baum der deutschen Wirtschaft ein wirkliches Leben wieder besitzen und zeigen.

Vorläufig ist freilich von frischen grünen Blütenknospen nichts zu sehen und die Arbeitslosenziffer hat ihren bisher absolut höchsten Punkt erreicht, auch wenn sie diesmal langsamer anstieg als im Jahre zuvor. Und diesmal langsamer anstieg als im Jahre zuvor. In der "Atmosphäre" nun rückt der Wahltag immer näher

Der Völkerbund verurteilt Japan

Genfer Bericht über Tokio.

Die Völkerbundversammlung nimmt den Bericht des Neunzehnerausschusses einstimmig an.

Im großen Saal des Genfer Völkerbundpalais fand am Freitag die außerordentliche Sitzung des Völkerbundes zur Entscheidung über den Fernoststreitfall statt. Angesichts der historischen Bedeutung der Tagung waren die Bänke der Vertreter der Völkerbundmächte und die Tribünen überfüllt.

In namentlicher Abstimmung wurde der bekannte Bericht des Neunzehnerausschusses mit allen Stimmen bei Enthaltung Siam und gegen die Stimme Japans von der Versammlung angenommen. Präsident Symans erklärte darauf den Bericht, der Japan als Großmacht, ständige Ratsmacht sowie Mitbegründer und Hauptstütze des Völkerbundes in Asien feierlich verurteilt, für angenommen.

Der Vertreter Japans verließ nach der Abstimmung nach einer längeren Erklärung in Begleitung aller Mitglieder der japanischen Abordnung den Saal. Eine offizielle Austrittserklärung Japans aus dem Völkerbund ist jedoch nicht erfolgt.

Aber den Gang der Verhandlungen wird noch folgen: Nach der Eröffnung der Sitzung durch Präsident Symans (Belgien), der kurz betont hatte, daß sich die Mächte einstimmig hinter den Bericht des Neunzehnerausschusses gestellt hätten, ergriß

der chinesische Gesandte Dr. Jen

das Wort zu einer feierlichen Erklärung. Nachdem er im Namen seiner Regierung die vorbehaltlose Annahme des Berichtes ausgesprochen hatte, erklärte Dr. Jen weiter, daß China Erleichterung und Dankbarkeit darüber empfinde, daß der Völkerbund nunmehr den Bruch des Völkerbundvertrages durch ein mächtiges Mitglied verurteilt habe. Die Leiden Chinas in den letzten 17 Monaten stünden in der Geschichte der Menschheit einzigartig da.

Die chinesische Regierung nehme zur Kenntnis, daß der Bericht eindeutig die Verletzung der gebietsmäßigen Oberhoheit Chinas durch Japan festgestellt habe. Die uneingeschränkte Oberhoheit Chinas in der Mandchurei sei vom Völkerbund feierlich anerkannt worden.



Japans Truppen sind für die Kälte gerüstet.

Unsere Aufnahme zeigt japanische Truppen für den Feldzug gegen China bei einer Inspektion über die Beschaffenheit ihrer Winterausrüstung. Bekanntlich haben Japaner und Chinesen in dem gegenwärtigen Feldzuge schwer unter der furchtbaren Kälte zu leiden.

und immer spürbarer heran. Freilich sagt man wohl vor jeder Wahl, daß das Manometer am politischen Dampfkessel nie eine derart hohe Spannung gezeigt habe, - aber das hat in dem letzten Jahre wirklich jedesmal bei den fünf hinter uns liegenden Wahlen gestimmt. Auch für den jetzigen Wahlkampf trifft das wieder zu. Nur sind diesmal die Spannungen konzentrierter, die "Fronten" geringer an der Zahl und damit geschlossener. Wenn man diesmal vor der Stimmabgabe den Zettel mit der Kandidatenliste in die Hand bekommt, dann findet man beträchtlich weniger Nummern und Parteien darauf als früher. Nur noch acht bis zehn, für die Reichsliste nur acht, wozu dann noch in einzelnen Wahlkreisen ein paar Parteien hinzutreten, die "es nicht haben lassen können". Trotz alledem bleibt das alte Wort für die kommenden Sonntage wahr: Wer die Wahl hat, hat die Dual.

Kurze politische Nachrichten.

Der Preussische Staatsrat nahm mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten einen Antrag an, in dem der Präsident des Staatsrates ersucht wird, dem Reichspräsidenten persönlich die schweren Bedenken des Staatsrates gegen den Fortbestand der letzten Erlasse des kommissarischen preussischen Innenministers zu unterbreiten und für ihre Aufhebung Sorge zu tragen. Weiter solle die Auflösung derjenigen Wahlkörper, von denen die Mitglieder des Staats-

Mit Befriedigung nehme China ferner davon Kenntnis, daß sämtliche Mitgliedstaaten die Nichtanerkennung Mandchukuo gefordert hätten. Die chinesische Regierung begrüße die vorgeschlagene Zusammenarbeit mit der amerikanischen und sowjetrussischen Regierung.

Scharfe Erklärung Japans.

Danach lehnte der Japaner Matsuoka in ungewöhnlich scharfer Ton die Verantwortung seiner Regierung für den Streitfall ab und schob die Schuld uneingeschränkt China zu, das seit Jahrhunderten ständig in Revolution und Krieg lebe. Die mandchurische Frage sei für das japanische Volk

eine Frage von Leben und Tod.

Japan fürchte den Ausgang dieses Streitfalles nicht. Seine Arme sei modern und gut ausgerüstet. Der Vorschlag einer internationalen Kontrolle der Mandchurei sei für Japan unannehmbar. Der Samen einer Friedensstörung sei jetzt gesät worden. Wollte der Völkerbund zulassen, daß dieser Samen aufgehe? Japan sage nein. Es lehne jedes Kompromiß in der mandchurischen Frage ab.

Dann erfolgte die Abstimmung. Präsident Symans wandte sich nach der Verkündung des Ergebnisses noch einmal an den japanischen Vertreter und betonte, er hoffe, daß Japan keine Schritte ergreifen werde, die nicht wieder gutzumachende Tatsachen schafften.

Durch Gewaltanwendung

werde dieser Konflikt nur verlängert und verschärft. Der Völkerbund werde als Hüter der internationalen Ordnung und des Friedens trotz aller Schwierigkeiten seinen Weg weitergehen. Darauf betrat Matsuoka noch einmal die Tribüne der Versammlung und erklärte u. a.: Ich bedaure die Lage auf das Aller tiefste, vor der wir uns jetzt befinden. Die japanische Regierung ist nun gezwungen, zu der Schlussfolgerung zu gelangen, daß Japan und die anderen Mitglieder des Völkerbundes über die Mittel, im Fernen Osten den Frieden herzustellen, verschiedene Meinungen haben.

Die japanische Regierung ist ferner gezwungen, festzustellen, daß sie an der äußersten Grenze ihrer Bemühungen angelangt ist, mit dem Völkerbund in bezug auf die chinesisch-japanischen Probleme zusammenzuarbeiten.

Die von Matsuoka abgegebene Erklärung schafft nach Auffassung unterrichteter Kreise noch nicht volle Klarheit über das weitere Verhältnis Japans zum Völkerbund. Fest steht zunächst nur, daß sich Japan unter allen Umständen von der weiteren Mitarbeit in der Regelung des japanisch-chinesischen Konfliktes zurückgezogen hat. Der feierliche geschlossene Ausmarsch der japanischen Abordnung aus dem Sitzungssaal ist in diesem Sinne anzulegen. Nicht ausgeschlossen ist, daß Japan auf diplomatischem Wege in der nächsten Zeit nun auch den Austritt aus dem Völkerbund überhaupt erklärt wird.

Urlaubssperre auf amerikanischen Kriegsschiffen.

Nach einer Meldung aus Manila hat der Chef der amerikanischen Flotte jeden Urlaub für Offiziere der bei den Philippinen stationierten amerikanischen Kriegsschiffe gesperrt. Die Sperre wird mit der gespannten Lage im Fernen Osten begründet. Im Falle besonderer Ereignisse müsse die amerikanische Flotte sofort nach Schanghai oder anderen chinesischen Häfen unter Dampf gehen. In japanischen politischen Kreisen erregte die Meldung von der Urlaubssperre erhebliches Aufsehen.

rates gewählt sind, durch Klage beim Staatsgerichtshof angefochten werden.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Schließung des kommunistischen Karl-Liebknecht-Hauses angeordnet. Bis auf weiteres wird das Haus polizeilich geschlossen sein.

Prälat Kaas hat im Auftrage der Zentrumspartei vor einigen Tagen den Antrag gestellt, den Rundfunk vor der Reichstagswahl auch für eine Rede des früheren Reichskanzlers Brüning freizugeben. Eine Entscheidung über diesen Antrag liegt noch nicht vor.

Neue Männer im Reichsarbeitsministerium.

Staatssekretär Dr. Krohn ernannt.

Zum Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums ist Dr. Johannes Krohn, bisher Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, ernannt worden. Weiter ist der Ministerialrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hans Engel, zum Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium ernannt worden. Er übernimmt hier die Hauptabteilung für Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege.

Staatssekretär Dr. Krohn ist am 4. Juli 1884 in Stettin geboren. Am 23. Januar 1911 wurde er zum Ge-

richtsaffessor ernannt. Von Mai 1914 bis Anfang 1920 war er Stadtrat in Stuttgart. Den Krieg machte er als Leutnant d. R. der Infanterie mit. Er wurde verwundet, meldete sich aber 1916 wieder zum Felddienst. Nach Beendigung des Krieges schied er als Hauptmann d. R. aus dem Heeresdienst aus. 1920 wurde er in das Reichsverkehrsministerium berufen und wurde am 1. August 1920 zu dessen ständigem Mitglied ernannt. Am 15. Juni 1932 wurde er zum Ministerialdirektor ernannt und leitete als solcher die Hauptabteilung II des Reichsarbeitsministeriums, die die Sozialversicherung und die Wohlfahrtspflege umfaßt.

Ministerialdirektor Dr. Engel ist am 17. November 1887 in Magdeburg geboren. Nach Ablegung des juristischen Studiums wurde er am 15. April 1914 zum Gerichtsaffessor und am 21. Dezember 1918 zum Regierungsaffessor ernannt. Im Kriege wurde er als Leutnant d. R. der Infanterie schwer verwundet. Nach seiner teilweisen Wiederherstellung wurde er einer Fliegergruppe zugeteilt. Er schied als Oberleutnant d. R. aus dem Heeresdienst aus. Von 1918—1920 war er als Regierungsrat im Eisenbahndienst tätig. Im Jahre 1920 wurde er in das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernommen, wo er im Dezember 1924 zum Oberregierungsrat und im Juli 1929 zum Ministerialrat ernannt wurde.

Frick warnt die Länder.

Eine Rede des Reichsinnenministers.

Auf einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Hamburg machte Reichsinnenminister Dr. Frick sehr beachtliche Ausführungen über die Innenpolitik. Er erklärte dabei: Wenn wider Erwarten die Wahl am 5. März der heutigen Reichsregierung nicht mindestens 51 Prozent bringe, dann werde sie trotzdem auf ihrem Platz ausharren, da dann der Staatsnotstand gegeben sei. Dr. Frick erklärte dann zu dem Vorgehen des Reiches gegen die sogenannte Hoheitsregierung in Preußen, sicherlich werde sich auch der Staatsgerichtshof nicht über die Staatsnotwendigkeiten des Volkes hinwegsetzen können.

Man habe nun die Tatsache zu verzeichnen, daß gewisse Länderregierungen den Sinn der neuen Zeit noch nicht recht verstanden hätten und der Politik der Reichsregierung Widerstand leisteten. „Ich als Reichsinnenminister“, sagte Dr. Frick weiter, „möchte diese Länder dringend warnen, auf diesem gefährlichen Pfad weiter zu wandern. Für die Reichsregierung gibt es keine Mainlinie. Sie ist vielmehr entschlossen, auch südlich des Maines ihre Autorität durchzusetzen. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn eine Landesregierung es duldet, daß in der schwarzen Systempresse Mitglieder der Reichsregierung beschimpft werden. Hier wird die Reichsregierung eingreifen, selbst wenn darunter die Autorität der Landesregierung Schaden leiden sollte.“

Die Reichsregierung werde die Entwicklung in Ländern, die noch eine Regierung hätten, die nicht in der Richtung der Reichsregierung liege, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und, wenn Anlaß bestehe, rücksichtslos durchgreifen. Zum Schluß erklärte Dr. Frick noch, daß die Reichsregierung noch vor der Wahl Maßnahmen treffen wolle, um die ungeheuren Spitzengelder der Bankdirektoren abzubauen. Es sei ein nicht zu verantwortender Stand, daß es noch heute vom Reich subventionierte Banken gebe, die es für richtig hielten, ihren Direktoren Gehälter zu zahlen, die 100 000 Mark noch weit überstiegen.

Göring verlangt scharfe Anwendung der Pressenotverordnung.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern hat an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß die Handhaben der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 gegen Ausschreitungen der Presse nicht mit der Strenge angewandt werden, wie es angesichts der sich täglich steigenden Hege in periodischen Druckchriften, Flugblättern und Plakaten der regierungsfeindlichen Parteien und Verbände erforderlich wäre.

Ich habe leider feststellen müssen, daß gegen den Herrn Reichskanzler und die Mitglieder der Regierung Beschimpfungen und verächtlichmachende Flugchriften und periodische Druckchriften in den Verkehr gelangt sind und geduldet werden, obwohl alle Voraussetzungen für die polizeiliche Beschlagnahme und Verbotsmaßnahmen gegeben sind. Ich erwarte nunmehr von allen Polizeibehörden, daß der Beobachtung der Presse und der Herstellung und Verteilung von Flugblättern eine größere Aufmerksamkeit zugewandt und mit Schärfe und unerschütterlich vorgegangen wird, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Ich werde Beamte, die es hier an dem notwendigen Diensteifer fehlen lassen, dienststrafrechtlich belangen.

Die Einstellung von Hilfspolizei.

Ein Erlaß Görings.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Über die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei ist unter dem 22. Februar 1933 von Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern folgender Erlaß ergangen:

„Die zunehmenden Ausschreitungen von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite, haben zu einer unerträglichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der staatsbewußten Bevölkerung geführt. Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausreichende Vermehrung zur Zeit nicht zugänglich ist, werden seit langem über ihre Leistungsfähigkeit des Einfaches außerhalb der Dienstorte ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet oft zur Unzeit entzogen. Auf die freiwillige Unterstützung geeigneter als Hilfspolizeibeamte zu verwendender Helfer kann daher im Notfall nicht mehr verzichtet werden.“

Aufgabe der nur unter Führung der ordentlichen Polizei einzusetzenden Hilfspolizei wird insbesondere sein: 1. Die Entlastung der ordentlichen Polizei a) durch Unterstützung bei dem Schutz politischer Versammlungen und Aufzüge sowie b) bei der Sicherung von Lokalen und anderen Einrichtungen politischer Organisationen, c) bei Absperungen und Unterstützung der Landjägerei.

2. Im Falle von Unruhen oder eines anderen polizeilichen Notstandes: a) die allgemeine Unterstützung der ordentlichen Polizei, b) die Übernahme des Schutzes lebenswichtiger Betriebe sowie

wichtiger, im öffentlichen Eigentum stehender oder dem öffentlichen Nutzen dienender Gebäude, Einrichtungen und Anlagen.“

Ergänzend sei noch bemerkt, daß zu Hilfspolizeibeamten nur ehrenhafte, wahlberechtigte, auf nationalem Boden stehende Deutsche verpflichtet werden dürfen. Die Hilfspolizeibeamten führen einen polizeilichen Ausweis und tragen an ihrer eigenen Kleidung, die auch die Uniform von Verbänden sein kann, als Abzeichen eine weiße, am linken gesteppte Armbinde mit dem Aufdruck „Hilfspolizei“.

Sie stehen unter Führung von Polizeioffizieren und haben während der Dauer ihres Dienstes die Befugnisse und Pflichten von planmäßigen Polizei- und Landjägereibeamten. Die Bestellung von Hilfspolizeibeamten bedarf mit Ausnahme von Berlin, wo der Minister des Innern entscheidet, der Bestätigung des Regierungspräsidenten.

Gegen das Politisieren in den Amtsstuben.

Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit geben dem württembergischen Staatsministerium Veranlassung, der württembergischen Beamenschaft folgendes bekanntzugeben: Nach Artikel 33 des Beamtengesetzes haben die Beamten sich in und außer dem Amt so zu verhalten, wie es ihre Stellung im Staate und die Anforderungen ihres Amtes verlangen. Zu dieser Amtsverpflichtung gehört auch, daß die Beamten politische Auseinandersetzungen während der Dienststunden und in den Amtsräumen unterlassen, insbesondere abfälliger oder gar beleidigender Äußerungen über die Reichsregierung und die Landesregierungen oder über einzelne Mitglieder dieser Regierungen sich enthalten. Diese Verpflichtung gilt ganz besonders in politisch erregten Zeiten, vor allem in Wahlzeiten. Gegen Verfehlungen muß in Zukunft im Wege des Dienststrafverfahrens eingeschritten werden.

Die Schmelzkäseherstellung.

Verwendung von 95 Prozent Inlandkäse.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Landwirtschaft vom 23. Februar ist verordnet worden, daß jeder im deutschen Zollgebiet liegende Betrieb, der gewerbmäßig Schmelzkäse herstellt, vom 1. März d. J. ab mindestens 95 Prozent des Käses, den er in dieser Zeit verarbeitet, an inländischem Käse zu verwenden hat. Die Schmelzkäsebetriebe werden nach der Verordnung kontrolliert werden. Jeder Schmelzkäsebetrieb muß ab 1. März Bücher führen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit hohen Strafen belegt.

Dem Verbraucher ist Schmelzkäse im allgemeinen unter der Bezeichnung „Emmentaler ohne Rinde“, „Tilsiter ohne Rinde“ usw. bekannt.

Feierliche Rückgabe des Namensschildes der „Emden“.

Der Reichspräsident empfängt den Vertreter Australiens.

Reichspräsident von Hindenburg wird am Montagvormittag Australiens Vertreter in London, den früheren Ministerpräsidenten Bruce, empfangen, um aus seinen Händen das Namensschild des Kreuzers „Emden“ entgegenzunehmen. Dem Empfang wird der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, beiwohnen. Das Namensschild der „Emden“ soll auf dem Kreuzer „Emden“ der Reichsmarine einen Ehrenplatz erhalten.

Der alte Kreuzer „Emden“ ist am 9. November 1914 der Artillerie des australischen Kreuzers „Sidney“ erlegen. Zusammen mit anderen Überresten des Schiffes wurde das Namensschild des deutschen Kreuzers später nach Australien gebracht, wo es im Parlament ausgestellt wurde. Als Zeichen des guten Willens beschloß die australische Regierung vor kurzem die Rückgabe des Schildes an Deutschland.

Der frühere Ministerpräsident Bruce hat den Weltkrieg mitgemacht und ist zweimal verwundet worden. Bruce hat in den Jahren nach dem Kriege mehreren australischen Kabinetten als Minister angehört; u. a. war er Führer der australischen Abordnung auf der Weltreichskonferenz in Ottawa.

Ein Nachspiel zum Hirtenbergfall.

Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen beurlaubt.

Die Hirtenberger Waffenangelegenheit hat zu einem unerfreulichen Nachspiel geführt. Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Dr.-Ing. Seefehlner, ist auf Beschluß des Wiener Ministerpräsidenten seines Amtes enthoben worden. Diese Maßregelung erfolgte, weil Seefehlner selbständig Verhandlungen geführt hatte, um die in Hirtenberg zur Wiedereinstellung befindlichen Waffen nach Ungarn transportieren zu lassen. Die Bundesregierung in Wien, die sich Frankreich und England gegenüber verpflichtet hatte, die Waffen an Italien zurückzugeben, hatte keinerlei Abnahnung von dem Vorgehen des Generaldirektors. Bundeskanzler Dollfuß hatte erst durch den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Kenntnis von dem Vorfall bekommen. In diesem Zusammenhang verlautet, daß Seefehlner einem führenden Funktionär der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft die Summe von 150 000 Schilling für die Gewerkschaft angeboten habe, wenn sie dabei mitbelfe, die in Hirtenberg lagernden Waffen nach Ungarn abzutransportieren.

Politische Zusammenstöße.

Krawalle in der Berliner Universität.

In Gleiwiß wurde, wie die dortige Polizeipressestelle mitteilt, an der Ladentür des Oberschlesischen Volksblattes ein Sprengkörper zur Explosion gebracht. Die Höhe des Sachschadens wird mit 1000 Mark beziffert. Personen wurden nicht verletzt. Die Täter sind bis jetzt unbekannt.

In Leipzig kam es, nach polizeilichen Mitteilungen, an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen. Bei einem Zusammenstoß in der Sonnenstraße wurde ein Reichsbannermann durch einen Pistolenschuß tödlich verletzt. Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich an der Albertstraße. Dort erhielt ein Reichsbannermann eine schwere Schußverletzung. Weitere Zusammenstöße ereigneten sich in Lindenau. Ein Nationalsozialist erhielt dort einen schweren Lungenstich und ein Nationalsozialist eine

Kopfverletzung, deren Ursache noch nicht festgestellt ist. Die Polizei hat sechs Personen festgenommen, unter denen sich ein Täter befindet.

An der Berliner Universität kam es während einer Wahlkundgebung der sozialistischen Studentengruppe zu Ausschreitungen. Bei der Rede des sozialdemokratischen Professors Lederer ging das Licht aus, und mehrere Fensterscheiben wurden eingeworfen. In den Sälen wurden mehrere Tränengasbomben geworfen. In den Gängen kam es darauf zu Zusammenstößen, wobei mehrere Personen Schnittwunden erlitten.

Schwere Zusammenstöße bei einer Grzesinski-Versammlung. Breslau. Die Eisener Front veranstaltete in sieben Sälen von Breslau Kundgebungen, auf denen der frühere Berliner Polizeipräsident Grzesinski und Professor Kölling sprachen. Die Hauptversammlung im großen Schützenhofsaal sowie eine Nebenversammlung in Hundsfeld bei Breslau mußte von der Polizei aufgelöst werden, da es hier zu schweren Zusammenstößen kam. Es entwickelte sich eine regelrechte Sackgasse. Wie die Regierung bisher mitreißt, wurden insgesamt zwölf Personen verletzt, davon fünf schwer.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 25. Februar 1933.

Ich muß.

Luc. 9, 44: Kasset zu Ohren diese Rede: des Menschen Sohn muß überantwortet werden in der Menschen Hände.

In diese Wochen fallen Fastnacht und Aschermittwoch: Die Passionszeit beginnt. Am Eingang des Passionsweges stehen die Worte: „Ich muß sterben.“ Als diese Worte damals von Jesus zum ersten Mal gesprochen wurden, waren sie unsäglich für die Seinen. „Schöne dich!“ klang es aus ihrem Munde. Seine Antwort war: „Ich muß.“ Mit der glasklaren Selbsteinsicht, mit der Jesus den Menschen in ihr Innerstes blickte, sah er auch in die Tiefe des göttlichen Willens hinein, es muß sein — ich muß. Er hat das nicht leicht genommen. „Wie ist mir so bange“, sagt er einmal. Alle Schrecken sieht er voraus und durchkostet er. Auch da sieht er unerbittlich klar, er läßt sich nichts verdunkeln: es wird grauhaft sein, aber: ich muß. Warum? Weil Gott es will.

Und dieses: „ich muß“ wird zu dem „ich will“. Weil Gott es will, will ich es auch. Denn weil Gott es will, ist es nötig, ist es recht; also will ich es auch, weil nur so Gottes Wille sich vollendet. Das ist's allein, worauf es ankommt in allem Geschehen, daß Gottes Wille sich vollendet. Was soll denn sonst werden? Ihn ist es unsäglich, daß er sich Gottes Willen entziehen, sich schonen könnte.

So wird ihm das düster drohende „ich muß“ zu dem gottgegebenen „ich will“. Und aus diesem gottgegebenen „ich will“ gewinnt das Jare „ich muß“ erlösende Kraft. Mit dem gehoramen „ich will“ ist er hineingestiegen in das waltende Leben Gottes selbst und nun dringt es in ihn ein mit göttlicher Belebung: „Das ist meine Speise, daß ich den Willen tue dessen, der mich gesandt hat und vollende sein Werk.“ So steht er am Anfang seines Leidens, der Sieger, der im Untergang seinen Sieg erkennt. Er hat es „gefaßt“, was Gott will. Von ihm sollen wir lernen. So allein wird bloßes Leiden, das sehr sinnlos sein kann, zur Passion. Passion ist nie Ende, sondern immer Anfang; Anfang wahren Lebens, des Lebens in Gott.

Wie wird das Wetter?

Die Kältewelle, die zu Beginn der Woche über Europa flutete, hielt die ganze Woche über an. Selbst das über der Nordsee auftretende Tiefdruckgebiet, das sich mit dem über dem Mittelmeer lagernden Sturmwirbel zu vereinigen schien, war nicht stark genug, einen Witterungsumschlag herbeizuführen. Wohl trat vorübergehend eine leichte Milderung ein, dann aber setzte wieder verschärfter Frost ein. Es kam fast überall zu verbreiteten Schneefällen. Leichter Schneefall wurde am Freitag aus dem Schwarzwald und vom Taunus gemeldet. Auch im Harz, in der Eifel, in Thüringen, in der Rhön sowie in den bayerischen Alpen sind am Donnerstag neue Schneefälle vorgekommen. Der Harz verzeichnete eine Schneedecke von 25 bis 50 Zentimeter, das Erzgebirge Schneehöhen von 40 bis 50 Zentimeter, während das Riesengebirge 25 bis 50 Zentimeter, die Reifstraßenbaue sogar rund 1 1/2 Meter Schnee meldete. Die stärkste Schneedecke hatte die Zugspitze, wo am Schneefernerhaus 250 Zentimeter Schnee gemessen wurden. Nach der allgemeinen Wetterlage ist für die nächsten Tage mit einer Milderung des Frostes und neuen Schneefällen zu rechnen.

—* Reichsbauarschen. Zur Förderung der Eigenheimbewegung und zugleich zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung sind für die Rechnungsjahre 1933 und 34 bis zu 20 Millionen RM durch die Reichsregierung bereitgestellt worden. Wie schon früher berichtet, erfolgt die Verteilung der einzelnen Darlehen durch die Herren Regierungspräsidenten nach bestimmten Richtlinien. Anträge auf Bewilligung von Reichsbauarschen sind bei den zuständigen Herren Bürgermeister nach Formular zu stellen, woselbst auch alle weiteren Auskünfte erteilt werden. Wir verweisen auf die Möglichkeit der Darlehensgewährung erneut mit der Empfehlung, sich in gegebenen Fällen alsbald mit den örtlichen Behörden, insbesondere mit den Stadt- und Amtsbauämtern, ins Benehmen zu setzen. Berücksichtigt werden, wie besonders hervorzuheben ist, in erster Linie Eigenheime mit einer größeren Ländumlage.

—* Westfälischer Landbundtag. Der diesjährige Westfälische Landbundtag findet am 2. März nachmittags 2 1/2 Uhr im großen Saale des Stadtgartens (Ostenschützenhof) in Hamm statt. Außer einer Eröffnungsansprache des Präsidenten Beckmann sind Vorträge von Direktor Kriegsheim vom Reichslandbund in Berlin über „Deutsche Wende“ und Ministerpräsident Brüder in Oldenburg über „Der deutsche Bauer im kommenden Staat“ vorgesehen. Die Veranstaltung dürfte ähnlich wie der Landbundtag der letzten Jahre zu einer bedeutenden programmatischen Kundgebung werden.

Halber

— Für die diesjährige Prüfung und Konfirmation der Konfirmanden sind folgende Tage vorgesehen: Westbezirk: Am 19. März, nachmittags 2 Uhr, Prüfung; am 26. März, vormittags 10 Uhr, Konfirmation; am 2. April, vormittags 9 Uhr, Feiern des heiligen Abendmahls. Ostbezirk: Am 26. März, nachmittags 2 Uhr, Prüfung; am 2. April, vormittags 10 Uhr, Konfirmation; am 9. April, vormittags 9 Uhr, Feiern des heiligen Abendmahls.

Dr. Hugo über das Ziel der Volkspartei.

Hagen, 22. Febr. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Hagen führte Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo folgendes über die Probleme des gegenwärtigen Wahlkampfes und die Stellung der Deutschen Volkspartei innerhalb der nationalen Front aus:

Die latente Staatskrise, in der wir uns seit mehreren Jahren befinden, drängt zu ihrer entscheidenden Lösung. Die Volksvertretung im Reiche wie in Preußen hat sich als unfähig erwiesen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Seit Brüning muß mit Notverordnungen regiert werden. Seit Papen und Schleicher ist keine einzige fruchtbringende Sitzung mehr möglich gewesen. Das Unbrauchbare des überfüllten Parlamentarismus der Weimarer Verfassung für das deutsche Volk hat die Deutsche Volkspartei schon in der Nationalversammlung klar erkannt und deswegen dagegen gestimmt. Eine Mehrheit hat sie dem deutschen Volke aufgedrängt. Man hat durch die Macht im Staate einen Sozialismus in Deutschland eingeführt, der den größten Teil der Volksgenossen zum Staatsrentenempfänger machte. Man hat die Wirtschaft vollständig dem Staat untergeordnet und die produktiven Kräfte durch Steuern völlig ausgeschöpft. Daneben ist in diesen Jahren der Sinn jedes Ordnungsstaates unterhöhlt worden. Die Sendboten Moskaus konnten unter dem Schutz der Polizei ihre Demonstrationen entfalten und ihre staatsfeindliche Propaganda im Volke verbreiten.

Wir haben diese Gefahren nicht erst heute erkannt, sondern seit Jahren auf sie hingewiesen und zur nationalen Sammlung gegen diese Volk und Staat zerrüttenden Kräfte aufgerufen. Wir haben deshalb Brüning den Rücken gekehrt, weil er diese nationale Zusammenfassung zwar versprach, aber nicht durchführte. Wäre der Zusammenschluß bereits vor zwei Jahren erfolgt, so würde die ganze Entwicklung sich wohl ruhiger vollzogen haben, als dies jetzt der Fall ist.

Jetzt stehen wir vor einer entscheidenden Kraftentfaltung zur Erringung der nationalen Mehrheit.

Was kann der 5. März bringen?

Die erste Möglichkeit sind 51 Prozent nationale Mehrheit. Sie ist das Ziel, nach dem gestrebt wird. Niemandes wird es erreicht werden können von einer Partei, niemals wohl auch ohne die wertvollen Kräfte, die in der Deutschen Volkspartei lebendig sind. In 3 Heereszügen muß, wie die dem Stahlhelm nahestehende Kreuzzeitung es sehr richtig ausgedrückt hat, der Angriff der nationalen Front erfolgen. Nur bei Anspannung aller Kräfte wird der Erfolg erzielt werden. Die Deutsche Volkspartei wird sich rückhaltlos und mit allen Kräften für die Erringung der 51 Prozent einsetzen! Aus dieser Einstellung heraus bedauern wir es ja gerade, daß die Bemühungen v. Papens, die Deutsche Volkspartei mit in die nationale Front einzubeziehen, am Widerspruch Hugensbergs gescheitert sind. Papen hat anerkannt, daß die Deutsche Volkspartei ihn während seiner Kanzlerschaft fast als einzige Partei rückhaltlos unterstützt hat. Dagegen hat auf die Frage Papens, ob er mit in eine nationale Front eintreten wolle, sofort Ja gesagt und darauf hingewiesen, daß diese nationale Sammlung seit jeher das Ziel der Deutschen Volkspartei sei. Die Briefe liegen vor, die beweisen, daß die nationale Sammlung aller Kräfte unter Einfluß der Deutschen Volkspartei, wie das auch der Stahlhelm wünschte, nicht an irgendwelchen Bedingungen der Volkspartei gescheitert sind. Solche Bedingungen sind gar nicht geäußert worden, es ist zu Verhandlungen über Einzelheiten überhaupt nicht gekommen. Hugenberg hat eine Erweiterung der Front nach der Deutschen Volkspartei hin ohne weiteres abgelehnt. Es ist dabei offen zum Ausdruck gebracht worden, daß alles Andersdenkende jetzt „untergewalzt“ werden müsse.

Bei dieser Sachlage blieb der Deutschen Volkspartei wie den andern nationalen Gruppen nichts anderes übrig, als selbständig in den Wahlkampf zu ziehen. Nur mit Bedauern können wir sehen, daß andere einseitig jetzt die Farben Schwarz-weiß-rot und die Parole Hindenburg für sich in Anspruch nehmen, obgleich es historische Wahrheit ist, daß die Deutsche Volkspartei seit ihrer Gründung unentwegt für die alten Reichsfarben Schwarz-weiß-rot eingetreten ist und sich mit Stolz die einzige deutsche Partei nennen kann, die stets zu Hindenburg gehalten hat.

Der Kampf um die 51 Prozent muß gewonnen werden, schon um jede andere Möglichkeit nach dem 5. März auszuschließen. Diese Möglichkeiten wäre die Diktatur einer Partei oder auch vielleicht eine schwarzbraune Mehrheitsregierung, die nach allen Erfahrungen trotz des jetzt so heftigen Wahlkampfes immer noch am Horizont bleibt.

Die jetzige Regierung ist in einer Nacht kurz entschlossen gebildet worden, ohne vorherige Einigung über ein gemeinsames Programm. Die Bedingung Hitlers war Neuwahl; sie ist ihm zugestanden worden gegen den Willen Hugensbergs. Zunächst geht die neue Regierung den Weg der reinen Agitation. Ueber das, was sie nach dem 5. März tun will, schweigt man sich hartnäckig aus. Die Deutsche Volkspartei ist mit der Regierung völlig einig in dem nationalen Ziel, der Erneuerung Deutschlands nach innen und außen. Darüber gibt es keine Debatte.

Wohl aber hat das deutsche Volk ein Recht zu fragen, auf welchen Wegen es in den nächsten 4 Jahren geführt werden soll. Zwischen Hitler und Hugenberg klaffen noch unüberbrückte Gegenjäger der Auffassung. Hugenberg vertritt, wie die Deutsche Volkspartei, den Gedanken des Privatunternehmertums. Wird der Nationalsozialismus sich dazu zurückfinden? Jeder Einsichtige muß es wünschen. Die Ruinierung des selbständigen Unternehmertums hat zum Ruin von uns allen, der Werke, der Arbeiter und Angestellten, der Gemeinden, des Staates und ihrer Beamten geführt.

Nur das selbständige Unternehmertum kann uns auf die Dauer wieder Arbeit schaffen.

Keine staatlichen Maßnahmen, wie Hitler sie auch denken mag, vermögen auf die Dauer die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Man kann von Staatswegen vielleicht für einige Zeit einigen Hunderttausend Arbeit geben, — vielleicht zum größten Teil unnütze Arbeit. — dann aber, wenn das mühsam dafür aufgebrauchte Geld ausgegeben ist, stehen wir vor derselben Situation. Auf die Dauer ist nur das wagemutige, selbstverantwortliche Unternehmertum, ob groß, ob klein, ob Handwerk, Gewerbe oder Industrie, in der Lage, wieder Arbeit zu schaffen. Dieses selbständige und sich selbst verantwortliche Unternehmertum hat sich immer wieder aus dem Volke selbst heraus entwickelt. Es hat, wie es in der Natur des Menschen liegt, zwar auch

für sich, aber deshalb nicht weniger für die Millionen im Volke gesorgt, die bei anderen Brot und Arbeit fanden, bis auch sie, soweit sie das Zeug und die Möglichkeit dazu hatten, sich zu eignen Unternehmern entwickelten. Dieser Unternehmungsgeist im besten Sinne des Wortes hat das Deutschland der Vorkriegszeit zu Wohlstand und Kultur geführt. Zum Dank dafür hat man es nach der Revolution als „Ausbeuter“ beschimpft, in Acht und Bann getan, bedrückt und ausgeplündert.

Heute sieht jeder, daß es ohne diesen Unternehmungsgeist nicht geht. Die neue Regierung in allen ihren Teilen wird dem Rechnung tragen müssen. Sie wird sich fernhalten müssen von neuen staatssozialistischen Experimenten, die uns über kurz oder lang doch wieder ins Elend zurückführen. Sie wird sich auch fernhalten müssen

von allen Währungsexperimenten.

Die Gefahr solcher Experimente kann man nicht als beseitigt betrachten, wenn noch in diesen Tagen in der Weisfälsch-Lippischen Gastwirtschaft als nationalsozialistisches Programm verkündet wird, man werde eine Bank gründen, die alle Hypotheken auf Gastwirtschaften zu 2 Prozent Zinsen und 2 Prozent Bildung ablösen werde. Welcher Realpolitiker hält das für möglich? Wieviel Milliarden müßten in eine solche Bank hineingeschossen werden, wenn sie auch die anderen Stände, Landwirte, Gewerbe, Industrie, neben den Gastwirten auf diese Weise entschulden wollte? Woher sollen diese Milliarden kommen? Soll doch wieder irgendein neues Papiergeld gedruckt werden?

Sollen die Sparrer noch einmal betrogen werden?

Welcher verantwortliche Politiker will das in Deutschland verantworten? Die Deutsche Volkspartei wird auf der Hut sein und sich gegen alle diese Pläne mit eifriger Gewalt stemmen. Wie immer Deutschland gerettet werden mag, darüber ist die Welt sich einig, niemals gelingt es, wenn man die Mark wieder zerstören läßt.

Auch das muß offen gesagt werden: Es gibt keine Rettung für den einen Volksteil, durch Verrentenlassen des anderen. Man kann nicht die Landwirtschaft retten auf Kosten der Arbeiter. Die Masse muß wieder konsumfähig gemacht werden. Nur dann wird der deutsche Bauer wieder einen Absatz und angemessene Preise für seine Erzeugnisse erzielen, wenn die große Masse des Volkes sich wieder Butter und Fleisch kaufen kann. Sicher ist der Schutz unserer deutschen Landwirtschaft notwendig, aber wir warnen vor falschen Dingen. Man kann wohl durch Erhöhung des Schmalzsolles das ausländische Schmalz um 25 Pfg. pro Pfund verteuern, aber deshalb wird noch feiner, der es sich nicht leisten kann, nun deutsche Butter zu 1,20 RM kaufen. Man kann wohl durch Kontingentierung ausländische Butter fernhalten, aber man schädigt auf der anderen Seite den deutschen Export, dessen bestehende Reste heute pfleglicher behandelt werden müssen als je zuvor. Darüber ist gerade im Bezirk Hagen kein Wort zu verlieren. Man kann wohl den Vollstreckungsschutz für

einen Stand einführen. Was aber sollen die anderen Stände dazu sagen? Man will jetzt einen Staatssekretär für das Handwerk berufen. Ich fürchte, keine neue Stelle wird dem Handwerk helfen. Wenn man dem Baugewerbe und Handwerk mit einem Schlage helfen will, so verordne man die

Beseitigung der Hauszinssteuer.

Die Deutsche Volkspartei ist immer dafür eingetreten. Nur durch den Fall dieser ungerechten Steuer wird man die Werte des Hausbesitzes wieder aktionsfähig und fruchtbringend machen. Man verfüge, daß grundsätzlich Steuern nur aus dem Ertrag erhoben werden. Das allein ist steuerliche Gerechtigkeit, das allein auch hat volkswirtschaftlichen Sinn.

Man war sich einig, daß auf allen Seiten gespart werden müsse. In der Praxis sieht man aber zunächst nur die Schaffung neuer Beamtenstellen an Stelle des früher von allen Seiten geforderten Abbaus. Angefangen an der Spitze. Wird dort abgebaut, dann folgt unten von selbst. Stattdessen gehen wir in den Ministerien die Schaffung neuer amtlicher oder ehrenamtlicher Stellen, die den Regierungsapparat wieder aufblähen. Mit Bedenken sieht man auch, daß bei der Umgestaltung an die Stelle des gestürzten Partei-Beamtentums nicht etwa

nun bewährte Kräfte aus dem Berufsbeamtentum

treten, sondern ein anderes Parteibuch den Ausschlag gibt. Soll das der Sinn des neuen Systems sein? Das Berufsbeamtentum, das durch dieses Verfahren seine Karriere verriegelt sieht, verfolgt die Ernennungen der letzten mit tiefer Beforgnis. Und was wird nach dem 5. März mit den SA und SS werden? Wird man auch sie „eingliedern“ an irgendeiner Stelle zu Ungunsten des Berufsbeamtentums? Was würde eine solche Eingliederung dem deutschen Volke kosten?

Man darf den jetzigen nationalen Aufschwung nicht nur mit Begeisterung ansehen, sondern muß ihn

auch mit Verstand und ruhiger Ueberlegung

betrachten. Der jetzige einseitige Gebrauch des Rundfunks ist keine nationale Freiheit, wie wir sie wünschen. Wie ist damals gerade gegen den Rundfunk-Mißbrauch unter Brüning und Braun gewettet worden? Wir haben dem zugestimmt. Um so mehr haben wir auch ein Recht zur Kritik an der jetzigen Einseitigkeit, die rücksichtslos ist als sie selbst damals war. Als nationale und liberale Menschen müssen wir uns dagegen wenden. Wir sind

gegen jede Diktatur.

Wir begrüßen es, wenn bedeutende Persönlichkeiten als Führer sich durchsetzen. Aber es kann kein Segen für das deutsche Volk erwachsen, wenn in unserem Volke Parteien einseitig herrschen.

Gegen alle Massenpsychosen vertreten wir heute wie vor 14 Jahren den Wert und die Freiheit der einzelnen Persönlichkeit. Diese Freiheit sollte sich das deutsche Bürgertum nicht nehmen lassen. Deshalb muß es sich zusammenschließen, um auch im neuen Deutschland seine Gedanken und seine Belange zur Geltung zu bringen. Dafür kämpft die Deutsche Volkspartei — in der gemeinsamen nationalen Front — wie immer unter der Fahne Schwarz-weiß-rot — und wie immer für Hindenburg.

Aus dem Wahlkampf.

Jeder muß seine Pflicht tun!

Aufruf des Kyffhäuserbundes.

Der Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“ wendet sich in einem Aufruf an die Mitglieder des Bundes und fordert sie auf, am 5. März im Sinne seiner Ausführungen bei der Reichsgründungsfeier am 15. Januar im Berliner Sportpalast zu handeln und dafür zu sorgen, daß jeder Wahlberechtigten auch wirklich seiner Pflicht nachkomme. In der Ansprache des Präsidenten hieß es: „Wir wollen gefinnungsmäßigen Zusammenschluß — unabhängig von allen Parteibindungen — aller derer, die deutsch fühlen, deutsch denken und deutsch handeln wollen, die willens sind, wirkliche nationale, sittliche und kulturelle Ausbauarbeit zu leisten, die von der Überzeugung durchdrungen sind, daß in der jetzigen Gefahrenzeit eins das notwendigste und vordringlichste ist: Die Herstellung eines einheitlichen geschlossenen Volks- und Selbsthaltungswillens, in erster Linie in den großen Lebens- und Schicksalsfragen der Nation.“

Der Kyffhäuserbund bläst heute abermals zum Sammeln, er ruft namentlich alle alten Soldaten, und alle, die des Parteihabers müde sind, einzurücken in die große deutsche Front, in die größere Volksgemeinschaft, die zusammengehalten werden soll durch das Band des Deutschbewußtseins.

Auf einer Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in Hamburg-Wandsbek sprach der Führer der deutschen nationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren. Er führte u. a. aus: Die Regierung werde am Ruder bleiben, auch wenn die Wahl keine Mehrheit hinter der Regierung stehenden Parteien ergeben werde. Diese Wahl habe lediglich die Aufgabe, festzustellen, ob sich eine nationale Mehrheit des deutschen Volkes neben die nationale Regierung stellen will, um erst einmal ein Ermächtigungsgesetz für die Regierung durchzubringen und dann den Reichstag auf ein bis zwei Jahre nach Hause zu schicken. Der Redner schloß mit der Aufforderung, am 5. März im Sinne einer nationalen Mehrheit des Volkes zu stimmen und erklärte unter stürmischem Beifall, das greifbare Ergebnis des 5. März müsse sein, daß die nationale Regierung öffentlich verkünden könne: Auf Grund dieses Ergebnisses stellen wir nunmehr fest, daß die Farben des Reiches Schwarz-Weiß-Rot sind.

Auf einer Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sprach in Breslau Freiherr v. Freytag-Loringhoven. Er wies u. a. die Behauptung Brünnings zurück, daß die Regierung v. Papen außenpolitisch die Früchte seiner Arbeit geerntet habe. Brüning habe im Gegenteile durch die ungeschickte Vertretung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz unsere Sache schwer gefährdet. Er habe den Kampf von Anfang an auf eine falsche Grundlage gestellt, nämlich auf das Nichtkönnen Deutschlands, nicht aber auf das Nichtwollen. Erst v. Papens Bruch mit dieser Linie habe neue Möglichkeiten für die deutsche Außenpolitik eröffnet. Eine weitere Schwächung in der Weltpolitik hätte Deutschland schließlich in diesen Tagen dadurch erlitten, daß Rußland zu Frankreich übergeschwenkt sei. Auch dies sei schließlich ein

Wert der außenpolitischen Naivität Brünnings und Curtius.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltete in Berlin eine Wahlkundgebung, auf der der stellvertretende Parteiführer Dr. Hugo die Hauptrede hielt. Er führte u. a. aus: Wer in Deutschland regiere, müsse von der Tatsache ausgehen, daß es keine Möglichkeit mehr gebe, aus dem deutschen Volke und aus der deutschen Volkswirtschaft weitere Milliardenwerte für sozialistische Wirtschaftsexperimente herauszuholen. Man müsse daher zu dem Gedanken der Privatwirtschaft zurückkehren, die allein in der Lage sei, das Problem auf die Dauer zu lösen, ein Volk in Arbeit zu halten. Die Deutsche Volkspartei führe den Wahlkampf in der sicheren Erwartung, daß die Parteien der Rechten die absolute Mehrheit erlangen würden.

In einer Wahlkundgebung des Zentrums sprach Prälat Kaas in der Dortmunder Westfalenhalle. Er führte u. a. aus, in diesem Wahlkampf gehe es nicht um die Partei, sondern um das Vaterland. Das Zentrum könne jetzt wie früher seine Politik mit ruhigem Gewissen verteidigen. Die Harzburger Gemeinschaft habe bewußt das Zentrum ausgeschaltet. Eine Politik ins Blaue lehne das Zentrum ab. Zum drittenmal werde der Reichstag ohne Gegenüberstellung mit der Regierung nach Hause geschickt. Das Zentrum habe immer darauf gesehen, in politisch Andersdenkenden den deutschen Bruder zu achten. Das Zentrum stehe bereit für jede Arbeit am Staat, die national und christlich sei.

Hitler in München.

20 000 in der Ausstellungshalle.

Reichskanzler Hitler sprach am Freitagabend in den Münchener Ausstellungshallen. Der Riesenbau, der 20 000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die benachbarte frühere Luftschiffhalle war von vielen Tausenden gefüllt. Weitere Menschenmassen standen auf den in den Ausstellungshallen umgebenden weiten Flächen. Die Hallen waren schon mehrere Stunden vor Beginn der Kundgebung polizeilich geschlossen worden. Die Veranstaltung fand am Tage statt, an dem vor dreizehn Jahren Hitler im Hofräumchen seine erste große Rede an das deutsche Volk hielt.

Hitler führte in seiner Rede folgendes aus: Am 30. 1. hat sich für das deutsche Volk eine geschichtliche Wende vollzogen. Ein vierzehnjähriges Regiment des Unheils und des Unjens für Deutschland soll und wird nun das Ende finden. Wenn heute die Träger dieses Systemes vor der Nation sich plötzlich zum letztenmal erheben, und uns als Ankläger die Frage vorlegen wollen: „Was wird Euer Programm sein?“ dann verkennen sie den Sinn dieser Zeit und verkennen ihre eigene Stellung. Ich könnte mit mehr Recht die Frage zurückgeben: Was war Euer Programm? War das, was in Deutschland in diesen vierzehn Jahren geschehen ist, Euer Programm, Euer Wille? Wenn ja, dann gibt es keine Strafe für Euch, die groß genug wäre. Wenn Ihr aber sagt, daß das nicht programmäßig verlaufen sei, dann seid Ihr zum mindesten als Männer ebenfalls vor der Geschichte gerichtet.

Sodann ging Hitler auf die Hergabe von Staatsmitteln für Wahlzwecke durch die preussische Regierung Braun ein und betonte: Braun steht jetzt mit erstaunter Miene auf und erklärt, wie kann Sie sagen, daß wir zwei Millionen veruntreut haben. Wir haben sie ausgegeben für unsere Parteien. Das heißt also, erklärte Hitler, Millionen



5 Finger hat die Hand
5 Sinne jedermann
5 Forderungen hat der Deutsche Mann:
Arbeit und Brot, Ein einzig' Vaterland
Freiheit und Wehr, Christl. Familiensinn
Durch Fleiß geschaffnes Eigentum
Und hierauf schwört der Deutsche Mann
Daran durch Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

5 ist die Parole, am **5.** März wählt Liste **5**

Für die beim Heimgange unserer lieben Mutter erwiesene herzliche Teilnahme sprechen wir hiermit unseren

innigsten Dank

aus.
Geschwister Friedrich.
Nieder-Reeswinkel b. Schalksmühle,
im Februar 1933.

Beschluß.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Frau Gustav Köhler, Inhaber Franz August Vollmann zu Kierspe i. W. wird ein Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über Einstellung des Konkursverfahrens wegen Mangel einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse und Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung auf 21. 3. 10, 15 Uhr bestimmt.

Meinerzhagen, den 17. Februar 1933.
Das Amtsgericht.



Am Dienstag, den 28. Februar, abds. 8.30 Uhr spricht unser Pg. der Lehrer a. D. Albert Meißner, M. d. L. Herne im Haus zur Fuhr in Halver in einer

öffentlichen Versammlung

zum Thema:

„Der Aufbruch der Nation“

Schaffende aller Stände erscheint in Massen!

Es gilt abzurechnen mit den Novemberverbrechern von 1918 deren Zeit endgültig abgelaufen ist. Unkostenbeitrag 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg. M. S. D. A. P., Ortsgruppe Halver.

Zwangsversteigerung

Am Montag, den 27. Februar, 13 Uhr, soll in meinem Versteigerungslokal Hotel zur Post in Halver

1. Greuterprelle

öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden.

Küdenfeld, 25. Febr. 1933.

Lange,
Obergerichtsvollzieher.

Der Turn- u. Spielvereine Halver e. V.

Sonntag, 13 Uhr Abfahrt

nach Kierspe zum Bezirkssturntag.
Der Oberturnwart.

Reißzeuge
Farbkasten
Malbücher

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Im Wandel der Zeiten
ändert sich viel, doch
eins bleibt beständig:



Persil
bleibt
Persil



1.

Erfahrung
Ihre alten
Lebenskräfte

2.

Marktgängigen
Produkten

3.

Billigste
Kraft füllende
und nützliche
Ernährung

nur
durch reichliche
KALI-Düngung

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kierspe. Sonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst. 10,30 Uhr Hauptgottesdienst. Pfarrer Eggerling, 11,30 Uhr Bücherausgabe. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor Kierspe, 8,30 Uhr Juniamädchenbund. Donnerstag 8,30 Uhr Frauenhilfe im Gemeindeheim. Freitag 8,30 Uhr Kirchenchor. Samstag 8,30 Uhr Männerchor.

Ev. Gemeinde Kierspe-Vhf. Sonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,45 Uhr Gottesdienst. 4 Uhr Bibelstunde. Montag 8,30 Uhr Gemeinschaftschor. Dienstag 8,15 Uhr Kirchenchor. Mittwoch, 8,30 Uhr Juniamädchenbund. Freitag 8,15 Uhr Uhr Frauenhilfe. Sonnabend 2,30 Uhr Jungchar.

Vollwerk. Sonntag 9,30 Uhr Gottesdienst. 10,30 Uhr Kindergottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Kirchenchor. **Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bahnhof.** Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde. 11 Uhr Kinder Sonntagschule. 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein. 20,30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 2,30 Uhr Gebetsstunde. Donnerstag 20,30 Uhr Gem. Chor. Freitag 8,30 Uhr Jünglingsverein.

Sämtliche Drucksachen i. d. Industrie
liefert schnellstens **Wilh. Bell jr., Halver**

Kölner Notierungen vom 24. Februar.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung. 1. Qualität 196, 2. Qualität 180, 3. Qualität —. Tendenz: fest.

Amittlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 24. Februar.

Es bedeutet Mg.-Noggen, F.-Butter, W.-Winter

Sorten	Preis	Sorten	Preis
Weizen rhein	21,10	Weizenfl.	8,00—9,25
74 kg	21,10	Noggenfl.	7,50—8,00
Weizen ausl.	23,50—25,0	Victrreber	11,00—12,00
Noggen rhein	16,80	Reinf. 8 Brj.	11,0—11,25
70—71 kg	16,80	Erbsenfl.	10,25—10,50
Noggen nordb.	18,75—18,90	50 Brj.	10,75—11,00
Noggen ausl.	18,75—18,90	54 Brj.	11,75—12,00
Safer bießer	13,75—14,25	Saferfl.	9,60—10,25
Safer nordb.	—	16 Brj.	9,75
Safer ausl.	—	Rapsfl.	10,25—10,50
W.-Gerste inl.	17,50	Rapsfl. 10 Brj.	7,75
W.-Gerste ausl.	18,00—18,75	Rapsfl. 10 Brj.	9,00—9,25
Maiz grober	21,00—20,50	Rapsfl. 10 Brj.	6,75—6,00
Maiz feiner	—	Rapsfl. 10 Brj.	5,00—5,00
Weizenmehl	27,75—28,25	Rapsfl. 10 Brj.	6,40—7,00
inl.	27,75—28,25	Rapsfl. 10 Brj.	—
Rhein Weizen-	28,25—28,75	Rapsfl. 10 Brj.	—
bäcker m.	28,25—28,75	Rapsfl. 10 Brj.	—
Außlandswz.	28,25—28,75	Rapsfl. 10 Brj.	—
Noggenmehl	23,00—23,50	Rapsfl. 10 Brj.	—
70 Brj. inl.	23,00—23,50	Rapsfl. 10 Brj.	—
70 Brj. ausl.	24,25—24,50	Rapsfl. 10 Brj.	—
Maiz grober	19,25—20,00	Rapsfl. 10 Brj.	—
Maiz feiner	21,00—21,50	Rapsfl. 10 Brj.	—

Reitabteilung Halver.

Schlittenfahrt

Treffpunkt:
Dienstag, den 28. Febr.
1 Uhr auf der Karlschöhe

Kölner Effektennotierungen vom 24. Februar.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustande gekommen.)
Bafalt Linz 17 1/2
Bonner Berg 40 1/2
Deutsche Erdöl 90

Gewinnauszug

5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

15. Ziehungstag

24. Februar 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 10000 M. 140684 241075 245079 313465
10 Gewinne zu 5000 M. 41159 104835 130085 229450 274950
30 Gewinne zu 3000 M. 9465 36537 53786 85083 98273 138132
143048 147187 216523 231395 241293 244084 296144 325327 325305
58 Gewinne zu 2000 M. 129 15965 27745 50192 54667 67752
100946 104879 121805 132246 138729 143923 169086 182141 196185
214851 254834 255907 306948 309249 309426 316590 320154 324515
342896 366553 369307 380101 386132
120 Gewinne zu 1000 M. 4868 11390 13544 21673 36435 56777 61834
62227 64951 76826 83929 84422 86293 94393 95917 97537 100102
101134 105299 115282 115939 118550 120174 122529 130209 132398
134698 136546 142060 144369 158451 159926 181062 185127 187329
195558 201956 202625 204318 207508 214655 217842 224822 231256
241825 246153 248218 253357 262918 263387 265308 272818 288556
341324 352820 362375 368553 370201 370861 388868
170 Gewinne zu 500 M. 1766 3300 6546 14887 17795 18719 25038
34301 37334 39577 63292 69148 73552 73955 75057 76401 82635
83416 86929 94437 95574 110892 111471 115386 116436 118729
119190 119688 122693 126143 130687 132221 135386 136436 138729
166630 168170 174328 174651 179000 183509 185657 192593 204207
236793 238944 239434 240647 241932 250709 253656 254147 254421
263058 263076 271704 284099 291254 294771 313591 314674 319818
325048 328368 336320 338337 338664 343048 348666 351366 353185
355583 358446 363130 365977 368022 369382 370495 376999 382005
384459 386243 391935 392964 397412

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 75000 M. 271902
2 Gewinne zu 10000 M. 11861
8 Gewinne zu 5000 M. 11961 17178 208909 302887
20 Gewinne zu 3000 M. 4267 25732 87649 178569 236794 261958
264319 314133 384467 384961
38 Gewinne zu 2000 M. 9353 9811 146412 62178 112334 128263
129375 138898 140417 159504 160799 178844 179480 226937 266762
287745 306601 358731 380024
72 Gewinne zu 1000 M. 2749 4745 9524 16733 23131 34293 35683
65478 96083 101478 108176 130121 136730 137799 139039 144421
166309 167850 195504 225832 251406 261386 265452 271852 291255
291663 304322 304484 323462 333592 334489 377425 387241 393045
395961 399442
140 Gewinne zu 500 M. 17639 23603 24167 24302 24431 34882 39789
43158 46701 48581 71036 74447 74535 83492 95340 97421 105499
115981 118209 122258 142628 155512 165893 167411 173611 174069
176408 177011 181172 194095 199420 205600 207468 211733 218457
223758 225167 226091 227448 237004 237731 249907 266893 267473
273741 278247 280832 288478 295569 296885 318612 320189 322467
322951 323980 324049 332897 338583 342759 350678 352652 357438
373190 376261 378727 383077 383139 395789 398697 398852

Im Gewinnrabe verblieben: 2 Prämien zu je 500000. 2 Gewinne zu je 20000, 4 Gewinne zu je 10000, 2 zu je 7500, 6 zu je 5000, 18 zu je 2500, 48 zu je 1000, 231 zu je 500, 472 zu je 200, 1344 zu je 100, 2308 zu je 50, 4678 zu je 20, 13674 zu je 10, und 100 Schlussprämien zu 3000 Mark.